**Pressemitteilung**

**Möller: Marine-Überwasserschiffbau muss Schlüsseltechnologie werden**

Berlin, 30.09.2019

Bezug:

Anlagen:

**Siemtje Möller, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 (0)30 227-77785

Fax: +49 (0)30 227-76785

siemtje.moeller@bundestag.de

**Wahlkreis Büro:**

St. Annen-Str. 2

26441 Jever

Telefon: +49 (0)4461 7485210

siemtje.moeller.wk@bundestag.de

Ihre Ansprechpartner im Berliner Büro:

Silvia C. Petig, Büroleitung

Julian Huber, wiss. Mitarbeiter

Ihre Ansprechpartnerin im Wahlkreisbüro:

Lena Gronewold, wiss. Mitarbeiterin

Siemtje Möller, Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretende verteidigungspolitische Sprecherin der SPD Bundestagsfraktion, fordert, dass der Marine-Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie erklärt wird. „Wir haben bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Marine-Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie werden soll“, betont Möller und fordert, dass dies nun endlich umgesetzt werde. „Die deutsche Marine braucht dringend neue Schiffe und diese müssen angesichts der in die Zukunft reichenden Einsatz- und Übungsdichte zügig und nachhaltig beschafft werden. Das Problem der sich in die Länge ziehenden Ausschreibungsverfahren zeigt sich in meinem Wahlkreis mit der Einsatzflottille 2 in Wilhelmshaven besonders deutlich: durch das bestehende Verfahren werden die Schiffe nicht schnell genug beschafft, Personal- und Infrastrukturvorhaben und nicht zuletzt die Flotten- und Einsatzplanung leiden darunter. Es hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass eine europaweite Ausschreibung einerseits zu zeitaufwendig ist und uns hier vor Ort viele Nachteile dadurch entstehen. Zudem sind viele der europäischen Werften staatlich subventioniert oder sogar in staatlicher Hand: das ist keine faire Wettbewerbssituation für unsere kleinen und mittelständischen Werften.“

Würde der Marine-Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie erklärt, wäre eine europaweite Ausschreibung nicht mehr zwingend notwendig, denn für Schlüseltechnologien kann ein Ausnahmetatbestand geltend gemacht werden, der nationale Vergaben ermöglichte.

Derzeit sind Bundeswirtschaftsministerium und das Verteidigungsministerium jedoch noch uneins welche Aufträge künftig nur noch national ausgeschrieben werden müssten. Das BMWi pocht darauf, dass grundsätzlich europaweit auszuschreiben ist und für jede Beschaffung eine Einzelfallprüfung notwendig sei. „Die Ressorts müssen endlich die Rahmenbedingungen klären und die Ernennung zur Schlüsseltechnologie muss auf den Weg gebracht werden“, fordert Möller. „Dieses hin und her zwischen den Ressorts ist ein Signal in die falsche Richtung. Wenn der Marine-Überwasserschiffbau Schlüsseltechnologie wird, dann fördern wir nicht nur den Erhalt von Know-How im eigenen Land, auch Milliarden von Steuergeldern, die in den Schiffbau fließen bleiben im Land“. Möller betont, dass auch andere europäische Länder, unter Berufung auf Artikel 346 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Vergaben wie diese lediglich national ausschreiben. Eine solche Regelung müsse daher trotz EU-Vergaberecht auch in Deutschland möglich sein, so die Verteidigungspolitikerin. „Der maritime Schiffbau ist wichtig für unser Land. Nur wenn wir die Schiffe in Deutschland bauen können wir das Know-How und die tausende von Arbeitsplätzen in der maritimen Schiffbaubranche langfristig erhalten. Eine Einzelfallprüfung, wie sie vom Wirtschaftsministerium erlangt wird, wäre daher fatal. Deutschland darf sich industriepolitisch hier nicht auf den Holzweg begeben“.